



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

151 (1.4.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184650](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184650)

# Mannheimer General-Anzeiger

Konspiration: Dr. Frh. Soltenbaum, Braunmoosch (fr. Polnik), Dr. Frh. Soltenbaum, für  
Faulstich, Hans Schlegel, für Solten und des kriegs-revolutionären Geli. Richard Schöfeler, für  
Hendel: Franz Richter, für Anzeigen: Anton Griesler, Ernst und Verlags: Dr. Robert Dr. Hans Mann-  
heimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mittelstr. 10 Mannheim. Druck-Abz.: General-Anzeiger Mannheim.  
Postfach-Nr. 17990 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Stadt Mannheim Nr. 7940 - 7946.

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreis: Die 11spalt. Kolonnenzeile für den ersten Tag 40 Pf., für auswärts 50 Pf., Flansky-  
Anzeigen 65 Pf., Reklamen III 250 Anzeigenzeilen; Montagmorgen 8 1/2 Uhr, überbleibt nach-  
mittags 2 1/2 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird letzter Preis ermäßigt.  
Übernommen: Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich III 2.— mit Frangiergebühren.  
Postbezug: Viertel III 6.42 einwärts, halbjährlich III 12.84, einjährlich III 25.68. Einzel-Nr. 10 Pf.

## Die Streifbewegung im Reich.

Die Reichsregierung an die Bergarbeiter.

Berlin, 31. März. (WB.) Ausführliche Meldung. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an die Bergarbeiter: Für das Ruhrrevier hat über die Köpfe der berufenen Arbeitervertretungen hinweg eine Delegiertenkonferenz der revolutionären Bergarbeiter den Beschluß gefaßt, am 1. April aufs neue in den Generalstreik zu treten. Die Forderungen, die dabei gestellt werden, würden in ihrer Gesamtheit die deutsche Republik der politischen Anarchie und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch ausliefern. Würde dieser Streik, der den Arbeitern nichts helfen soll, sondern die Allgemeinheit zerstören will, siegreich sein, so würde das bedeuten: Vernichtung der Kohlenförderung durch 6-Stundenschicht und sinnlose Lohnerhöhungen, Stilllegung aller Industrien, die auf Ruhrkohle angewiesen sind, Vereitelung der endlich gesicherten Lebensmittelfuhr, die mit Industrieprodukten und Kohlenausfuhr bezahlt werden muß. Die Regierung, die solche Forderungen annehmen würde, wäre die Totengräberin der Republik, des Volkes und der Freiheit. Die Reichsregierung hält nach wie vor fest an den Vereinbarungen, die sie seit Februar mit den Bergarbeitern getroffen hat: Arbeiter- und Bezirksräte, durch die allein die Arbeiterschaft in den Produktionsprozeß hineingeführt und zur gleichberechtigten Mitbestimmung und Mitarbeit zugezogen werden kann, dazu das Sozialisierungsgesetz im Zusammenhang mit der Sozialisierung des Kohlenhandels und schließlich die Einführung der 7 1/2-Stundenschicht.

Es ist keine Politik, keine Verwaltung mehr möglich, wenn solche grundsätzlichen Einigungen nach wenigen Tagen und Wochen umgeworfen und durch unmögliche und übertriebene Forderungen gegenstandslos gemacht werden.

Deshalb hat die Reichsregierung in Erfüllung ihrer Pflicht, Reich und Volk zu retten, zusammen mit der preussischen Regierung folgendes beschlossen: Ueber das Ruhrgebiet wird der Belagerungszustand verhängt. Die Regierungstruppen rücken in das Revier ein, um die Arbeiter und die Betriebsanlagen vor dem Terrorismus zu schützen.

Der Reichsernährungsminister wird entsprechend den Brüsseler Forderungen der Alliierten in das Streikgebiet kein Pfund von den eingeführten Lebensmitteln einliefern lassen.

Der Arbeitsminister wird keine Bezahlung für Streikschichten gewähren, dagegen soll den Arbeitern der Rechen, aus denen nach der 7 1/2-Stundenschicht gefördert wird, eine besondere Schwerstarbeiterzulage steigend mit dem Förderquantum gewährt werden.

Die Reichsregierung muß unser Volk am Leben erhalten, sie darf die Republik nicht dem Terror durch eine Propaganda und einem Stand ausliefern. Alles für den, der arbeitet, nichts für den, der streikt, sonst gibt es für Deutschland keine Rettung mehr.

Die Reichsregierung:

Scheidemann, Schiffer, Bauer, Well, David, Erzberger, Gothein, Landsberg, Koste, Preuß, Schmitt, Wisfel, Köth, Reinhardt, Giesberg.

Äußerungen des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 1. April. (Von unj. Berl. Büro.) Die Bewegung im Ruhrrevier, gegen die sich heute die Regierung mit einem Aufruf wendet, bedeutet eine neue schwere Belastung für das in allen Fugen krachende Reich. Auf die Motive und die Natur dieser Bewegung fällt ein Licht durch eine Interredung, die der Reichsarbeitsminister Bauer mit einem Mitarbeiter der „Völkischen Zeitung“ hatte. Herr Bauer erklärte u. a.: „Der Beschluß ist das Werk der sogenannten Reinerkommission, die aber nunmehr nur noch aus sechs Mitgliedern und zwar ausschließlich aus unabhängigen und Spartaisten besteht. Der Aufruf zum Generalstreik kommt uns nach den Vorgängen, die sich in Essen abgespielt haben, nicht mehr überraschend. Auch die Forderungen der Arbeiter sind nicht neu. Sie beschränken sich zum Teil wörtlich mit den Forderungen, die bereits bei dem letzten Generalstreik in Mitteldeutschland erhoben wurden und damals abgelehnt werden mußten. Einzelne dieser Forderungen, wie z. B. die sofortige Durchführung der sogenannten Hamburger Punkte, die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, die Auflösung der Freiwilligenkorps und ihre Ersetzung durch eine revolutionäre Arbeiterwehr, sind überhaupt nicht diskutierbar und scheiden von vornherein aus. Bei der Forderung des Räteprinzips ist es nicht klar, ob dabei die Betriebsräte oder das politische Räteystem verlangt wird. Im letzteren Falle würde ebenfalls eine Verhandlung nicht möglich sein und auch nicht durch den Generalstreik ermöglicht oder erleichtert werden. Die Betriebsräte aber sind ja der Bergarbeiterschaft bereits zugesichert und auch schon in voriger Woche vom Zechenverband bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften ausdrücklich zugestanden worden. Genau so liegt es mit der Regelung der Arbeitsschicht. Hier hat der Zechenverband ebenfalls bereits in voriger Woche die 7 1/2stündige Schicht angenommen. Eine Sechsstundenschicht ist einfach und möglich und würde direkt zum wirtschaftlichen Ruin führen. Ich habe in den letzten Tagen Dutzende von Telegrammen über diese Frage erhalten und in allen meinen Antworten keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich ein Heruntergehen unter die Siebeneinhalbstundenschicht für unbedingt ausgeschlossen halte. Kommt es zum Generalstreik, so ist das natürlich ein Unglück, das getragen werden muß, wie man den Generalstreik in Mitteldeutschland getragen und durchgeföhrt hat.“

In Wahrheit handelt es sich ja — kein Mensch, der die Entwicklung in Deutschland mit dauter Sorge verfolgt, kann darüber in Zweifel sein — hier auch gornicht um eine wirtschaftliche Bewegung. Es ist ein rein politischer Pampf, dessen Ziele der Sturz der gegenwärtigen Regierung und die Durchführung des Bolschewismus ist.

Darum wird heute hier, morgen dort gestreikt. Deutschland soll bankrott gemacht werden, damit es umso widerstandstosser der russisch-tatarischen Seuche sich ergeben kann. Tatsächlich tauchen allerorten immer wieder russische Bolschewisten als die eigentlichen Organisatoren auf. Auch in Essen ist das nicht anders. Der eigentliche Leiter ist ein russischer Marxist, Dr. Kariski, der sogenannte wirtschaftliche Beirat der Reinerkommission.

Der Zustand hat von gestern auf heute wieder zugenommen. Aus einigen 30 000 Streikenden sind jetzt 50 000 geworden. Es sieht fast so aus, als ob es ohne blutigen Bürgerkrieg wieder einmal nicht abgehen könnte. Wir zweifeln keinen Augenblick, nachdem was wir in Mitteldeutschland jetzt erlebt haben, daß die Regierung auch diesmal Sieger bleiben wird. Aber die deutsche Wirtschaft wird immer mehr geschwächt und büßt von Mal zu Mal mehr an Widerstandskraft ein.

Der russisch-asiatische Bolschewismus nähert sich, der polnischen Presse zufolge, mit furchtbarer Gewalt der deutschen Grenze und die Polen sind nicht in der Lage, ihn aufzuhalten. Agitatoren sind bereits bis Suwalki und Kallisch vorgedrungen. Bolschewistische Zentren bestehen in Wilna und Minsk. In Warschau ist der Generalstreik nur durch achthundert Verhaftungen und die Beschlagnahme aller Waffen verhindert worden und der in der Grenzstadt Kallisch proklamierte Generalstreik ist nur infolge eines blutigen Zusammenstoßes zwischen den Bolschewisten und der Bevölkerung für den Augenblick gescheitert.

Die Bolschewisten arbeiten angeblich mit Riesensummen. Die Sowjetregierung soll den Generalstab mit der Ausarbeitung eines Planes für eine bolschewistische Offensive durch Polen und Kurland nach Deutschland zur Unterstützung der deutschen Spartaisten beauftragt haben. Die russische Bolschewistenarmee, angeblich in Stärke von 150 000 Mann, soll sich im April in Bewegung setzen.

Essen, 31. März. (WB.) Der Bergarbeiterausstand hat eine weitere Ausdehnung angenommen. Im Bezirk Dortmund sind 20, in Witten 13 und in Bochum 11 Schachtanlagen ausständig. Im Bezirk Gelsenkirchen ist die Belegschaft der Zeche Alma, im Bezirk Recklinghausen die Belegschaft der Zeche „Friedrich der Große“ neu ausständig. Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich bei der gestrigen Morgen-, Mittag- und Abendschicht und in der heutigen Morgenschicht auf 52 000 gegen 33 200 Mann gestern.

O.T.B. Bochum, 1. April. (Preis-Tel.) Eine Vorstandskonferenz der vier großen Bergarbeiterverbände besaßte sich gestern in eingehender Beratung mit der Lage im Ruhrrevier. Es wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Die Arbeiterorganisationen müssen als christliche Verträglichkeitsher an den Vereinbarungen mit den Zechenverwaltungen festhalten. Wir sind aber nicht Gegner der Sechstundenschicht fordern sind, wie schon in dem Telegramm vom 19. März ausgeführt wurde, der Überzeugung, daß diese Schichtverförmung mit Rücksicht auf die allgemeine Einführung des Sechstundentages den Bergleuten unter Tage zutrifft. Nur können wir uns nicht davon überzeugen, daß die pöfliche Einführung der Sechstundenschicht in der gegenwärtigen Zeit für die deutsche Volkswirtschaft erträglich ist. Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Kohlenförderung immer weiter zurückgegangen und dadurch die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Not aller Volkstrelle in erschreckendem Maße gestiegen. Darum haben wir auf dem Standpunkte, daß eine allgemeine Verörmung der Schichtzeit nicht durchzuführen ist und daß vor allen Dingen der Sechstundentag für die Untertage-Arbeiter durch die nahe bevorstehenden Friedensverhandlungen international festgelegt werden muß. Wenn einzelne Belegschaften trotz vorstehender schwerer Bedenken die Sechstundenschicht bereits durchgeföhrt haben, so können wir an dieser Tatsache nichts ändern, zumal sich auch ein Teil der Zechenverwaltungen, wenn auch unter Vorbehalt, damit abgefunden hat.

In den letzten Tagen wird wieder für einen Generalstreik Stimmung gemacht und dabei behauptet, daß die vier Bergarbeiterverbände denselben anerkennen hätten. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Im Gegenteil waren die Bergarbeiterverbände alle besonnenen Arbeiter, sich an einem Bergarbeiterstreik zu beteiligen. Es bedarf auch keiner Gründung einer Bergarbeiterunion, denn die vier Bergarbeiterverbände bilden schon seit langer Zeit eine fest geföhrte Arbeitsgemeinschaft welche die Interessen der Bergarbeiter entschlossen verteidelt.

Unruhen in Cottrop.

O.T.B. Bochum, 1. April. (Preis-Tel.) Zu blutigen Zusammenstößen ist es gestern in dem benachbarten Cottrop gekommen. Im Laufe des Vormittags bewegten sich Demonstrationen von Belegschaftsmitgliedern verschiedener Zechen zum Cottroper Amtshaus. Als sich der Zug dem Amtsgerichtsgebäude näherte, schloßen die Gerichtsbeamten das Gebäude. Gegen 1 Uhr mittags stießen die Demonstranten mit der Sicherheitswehr zusammen. Die Mannschaften der letzteren verteidigten sich vor dem Amtshaus mit Handgranaten. Hierbei wurden vier Personen getötet und eine größere Anzahl verwundet. Die Sicherheitswehr drang vor und säuberte mehrere Straßen. Während dessen fielen eine Anzahl Gemeinshäuser, durch die ein abseits stehender Neuarbeiter getötet wurde. Im Laufe des Nachmittags herrschte verhältnismäßige Ruhe.

Generalstreik in Stuttgart.

Stuttgart, 31. März. (WB.) Der schon lange angekündigte und immer wieder aufgeschobene Generalstreik ist heute hier ausgebrochen. Um 9 Uhr legten in Stuttgart die Arbeiter der Firma Bosch u. Cismann, in Untertürkheim die Arbeiter der Daimlerwerke die Arbeit nieder. Viele zogen es vor, nach Hause zu gehen, während andere sich auf den Konntatter Wiesen versammelten und durch ihre Redner folgende Forderungen aufstellten:

1. Freilassung der politisch Inhaftierten;
2. Aufhebung des Belagerungszustandes und des Verbots von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel;
3. Einstellung der anlässlich des Januarstreiks gemahregelten Genossen;
4. sofortige Neuwahl der A- und S-Räte auf revolutionärer Grundlage.

Um 10 Uhr wurde der Telephonverkehr in einem Umkreis von 50 Kilometern und in Stuttgart selbst gesperrt. Gegen mittag hörte der Straßenbahnverkehr auf. Im übrigen herrschte in den Straßen Stuttgarts ein sehr lebhafter Verkehr, der sich bisher in ruhigen Bahnen bewegt. Vor dem Lebensmittelgeschäften und vor allem vor den Metzger- und Bäckerläden bildeten sich in den frühen Morgenstunden wieder lange Reihen von Kaufstufen. Eine große Reihe von Läden hat geschlossen. In den städtischen und staatlichen Betrieben sowie bei der Post und der Bahn wird gearbeitet. Die Wasserwerke und die Gasmerte sind in Betrieb.

Gegenstreik der Bürgerschaft.

Stuttgart, 31. März. (WB.) Inzwischen hat auch der Gegenstreik der Bürgerschaft eingesetzt. Die meisten Geschäfte haben geschlossen. Bahn und Post haben den Betrieb eingestellt. Seit 5 Uhr ist die Stadt auch ohne Gas und elektrischem Licht. Das Wasserwerk arbeitet jedoch noch.

Schwere Unruhen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 31. März. (WB.) Bei der Verhaftung einer Glückspielerin kam es heute Nachmittag auf dem Börneplatz zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und einer Volksmenge, die für die Frau Partei nahm. Die Menge stürmte das nahegelegene Polizeirevier 1, verbrannte auf der Straße die Akten und entwarfnete die Polizeibeamten teilweise. Als Matrosen zu Hilfe eilten, wurden auch diese entwarfnet. Der Matrose Ködel, der sich am Sonntag verheiratet hatte, mußte vor der Menge fliehen, wurde am Main eingehoht und in den Fluß geworfen. Besonnenere Leute, die den Mann retten wollten, wurden von der Menge mit dem Tode bedroht. Der Matrose ist ertrunken.

Der Volkshaufe zog hierauf nach dem Untersuchungsgefängnis in der Hammelgasse und entwarfnete im Ru die hier zum Schutze des Gebäudes aufgestellten Soldaten, drangen in das Gebäude ein und befreiten sämtliche Gefangene, darunter zahlreiche Schwerverbrecher. In der Fabrikstraße wurde eine Waffenhandlung erstürmt und ausgeplündert. Gegen 9 Uhr abends wurden zahlreiche Kleider- und Konfektionsgeschäfte am Liebfrauenberg und in der Neuen Kräme von halbwüchsigen Burtschen erstürmt und ebenfalls ausgeplündert.

An verschiedenen Stellen der Innenstadt kam es im Laufe des Nachmittags zu Schieberereien, die bis in die späten Abendstunden andauerten. Auch mit Maschinengewehren wurde geschossen, doch sind, soweit bis jetzt Meldungen vorliegen, Menschenleben dadurch nicht zu Schaden gekommen. Die Unruhen tragen keinerlei politischen Charakter und sind nur auf ungezügelter rohe Elemente zurückzuführen. Für die Nacht sind außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen angeordnet.

Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidiums verhängt für die Stadt von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens eine Straßensperre und verbietet Ansammlungen zu jeder Zeit auf den Straßen und öffentlichen Plätzen.

Der „Frankfurter Hof“ geplündert.

Frankfurt a. M., 31. März. (WB.) In der heutigen Nacht wurde das Lebensmittelgeschäft von Scheperle am Röhmart ausgeplündert. In den „Frankfurter Hof“ drang die Menge ein und raubte hier die erreichbaren Gegenstände und Lebensmittel. An diesen Plünderungen beteiligten sich auch Leute aus den besten Kreisen. Die umfangreichen Weinkellereien wurden gründlich mitgenommen. Bis jetzt wurden 300 Plünderer verhaftet und in der Kaserne interniert. Bei den Unruhen kam auch ein Hilfskutschmann ums Leben.

Die Friedenskonferenz.

Danzig neutraler Freistaat? — Die Bekämpfung des Bolschewismus.

8 Graf, 31. März. (Von unj. Sonderberichterstatter.) Die Amerikaner erheben Widerstand gegen die Truppenlandungen in Danzig. Wilson soll Pariser Meldungen zufolge erklärt haben, daß, um Schwierigkeiten mit Deutschland zu vermeiden, ein anderer Hafen als Danzig für die Truppenlandungen gewählt werden möge. Die französische Presse macht Stimmung dafür, sich um deutsche Einwände nicht zu kümmern und eventuell mit Gewalt Danzig als Landungshafen zu benutzen.

Frankreichs Hoffnung, Danzig dem Polenstaat zuzuschlagen, scheint so starkem englischen Widerspruch zu begegnen, daß der Plan als aufgegeben betrachtet werden kann und ein neuer austrucht, das Danziger Gebiet als neutraler Freistaat zu etablieren, der weder Deutschland noch Polen gehören würde. Natürlich komplizieren derartige französische Sonderwünsche die Friedensverhandlungen immer mehr und die Aussicht, daß die Alliierten sich diese Woche über alle Bedingungen einigen könnten, verliert an Wahrscheinlichkeit.

Gegenwärtig drehen sich die Verhandlungen hauptsächlich um die Bekämpfung des Bolschewismus, wobei die Engländer, wie die Daily News von einem informierten Staatsmann erfährt, in der Lebensmittelfuhr für notleidende Länder und in der sofortigen Zulassung aller Völker in den Völkerbund das geeignete Mittel sehen, die bolschewistischen Tendenzen niederzuhalten.

Jüdische Forderungen.

Berlin, 31. März. (WB.) In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen fand heute vormittag eine Sitzung zur Beratung der jüdischen Frage bei den Friedensverhandlungen statt. Die sachverständige Kommission für jüdische Angelegenheiten schlug folgende Forderungen vor: Gleichberechtigung und Gleichstellung der Juden und des Judentums in allen Ländern der Welt, also Beseitigung aller Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, die Beschränkungen lediglich für die Juden enthalten; ferner Forderungen über nationale und kulturelle Autonomie in den neu zu bil-



# Beratung des städtischen Voranschlags für 1919 am Montag den 31. März.

## Erster Tag.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr Minuten in Anwesenheit von 95 Mitgliedern. Im Sitzungssaal sind Pläne zu einigen Vorträgen angebracht. Die Galerie ist zu Beginn der Sitzung verhältnismäßig gut besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Oberbürgermeister den Vorschlag, bei dem Zusammenhang verschiedener Beratungsgegenstände mit dem Voranschlag gleich in die Beratung des Haushaltsplanes einzutreten. Eine Anzahl von Vorträgen, wie die Gaspreiserhöhung, Erhöhung der Kanalgebühren, Gewährung von Feuerzulagen könnten dann bei den betreffenden Positionen des Haushaltsplanes mitberaten werden.

Der Bürgerausschuß erklärt sich mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters einverstanden, worauf sofort in die Beratung des Haushaltsplanes eingetreten wird.

Stv. B. Pfeiffle führt aus, daß der Stv. Vorstand sich auch in diesem Jahre entschlossen habe, dem Kollegium zu empfehlen, von einer Generaldiskussion Abstand zu nehmen. Dieses Jahr sei dieser Beschluß nicht gerade leicht geworden. Wenn man von einer Generaldiskussion, die ja an sich manche brauchbaren Anregungen und Zeitgebanten bringe, die auch dem Stadtrat würdigenwert erscheinen, so gehe das nicht etwa, weil der diesjährige Voranschlag eine geringere Bedeutung habe, sondern weil man allgemein die Empfindung habe, daß der diesjährige Voranschlag doch auf recht unsicherer Basis aufgebaut sei. Heute, wo sich die Verhältnisse überfließen von Woche zu Woche, ja von Tag zu Tag überfließen, sei die politische und wirtschaftliche Situation sehr ungeklärt, es sei nicht ratsam, heute Probleme aufzustellen und ein Finanzpostul zu geben. Soweit für die Kritik des Voranschlags Nebensächlichkeiten vorhanden sind, gebe sich Gelegenheit, bei der Spezialberatung die Wünsche vorzubringen. Der Voranschlag, wie er ursprünglich vorgelegt wurde, sollte ein Frießensantrag sein; aber es sieht auch heute gar nicht danach aus, denn er trägt alle Merkmale eines Krieges an sich. Der Voranschlag wies ursprünglich einen Frießensantrag von nicht weniger als 28 Millionen Mark auf, es sei keine kleine Aufgabe für den Stadtrat gewesen, das Loch einigermaßen zu verstopfen. Bezüglich des Schulhausbaufonds bemerkt der Redner, es habe keinen Sinn, wenn man jedes Jahr einen Betrag zur Stärkung dieses Fonds aus laufenden Mitteln entnehme. Es sei zu erwarten, daß man auch im nächsten Jahre kein neues Schulhaus baue, zumal ja auch der Geburtenrückgang ein solches unnötig mache. Der Redner streift noch kurz die Notwendigkeit der Erhöhung der Kapital- und Einkommenssteuer und führt zum Schluß zusammen: Die Finanzlage ist sehr besorgniserregend. Wir haben alle Ursache, für die nächsten Jahre recht sparsam zu wirtschaften. Wir haben ja diesmal noch eine gewaltige Steigerung der Steuerkapitalien und können eigentlich dieses Jahr noch aus den Ueberschüssen der „letzten Jahre“ zehren. Wir wünschen und hoffen aber, daß die „morgigen Jahre“, die uns in Aussicht stehen, nicht zuviel werden. Aber heute könne man schon sagen, daß wir uns der größten Sparmaßnahme befleißigen müssen. Aber nicht allein die Sparmaßnahme, sondern auch der Opferinn der ganzen hiesigen Bürgerschaft sei notwendig, um das letzte Schiff wieder in den sicheren Hafen lenken zu können.

Es wird hierauf in die Spezialberatung des Voranschlags eingetreten.

Bei Titel II, „Kapitalvermögen und Schulden“ führt Stv. B. Ahrig aus, daß man auf die Dauer nicht davon zurücktreten sollte, höhere Kapitalien aufzunehmen, um die laufenden Mittel nicht zu sehr zu belasten.

Stv. Leo (Soz.) bemerkt, die Anregung des Stv. B. Ahrig habe ja an sich etwas Periodisches, aber er möchte doch vor ihrer Besorgung warnen, da man ja gar nicht wisse, wie sich unsere Zukunft gestalten werde.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer stellt fest, daß Stv. B. Ahrig jedenfalls nur einen Gedanken ausdrücken, aber keinen Antrag stellen wollte. Wer mich kennt, weiß, daß ich diesen Gedanken energig überlassen sollte. Wir haben jetzt, abgesehen von den Unternehmungen, die während des Krieges fortgesetzt worden sind, Kriegsanleihen in Höhe von 55 Millionen aufgenommen. Diese belasten den Haushalt jährlich mit 3-3 1/2 Millionen Mark. Wir haben dabei schon die Grenzen des Zulässigen überschritten. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wir hätten einen Teil dieser Ausgaben auch während des Krieges aus laufenden Einnahmen bezahlt unter Annahme der Steuern. Die deutschen Bundesstaaten haben den Anleihe-See mit Schmerzen, aber sie haben ihn doch. Ich kann allerdings nicht behaupten, daß die Finanzpolitik der deutschen Bundesstaaten vorbildlich sei. Die deutschen Städte müssen ihre Entlastungen aus Gründen treffen, die aus der Sache abzuwenden sind. Wir dürfen nicht einen Teil entlasten, um den andern in einer kaum zu trohenden Weise zu belasten. Wollen wir nicht schon jetzt, daß das jetzige Steuerwerk in den nächsten Jahren nicht entfernt zu erreichen ist? Wollen wir nicht, wenn die Ergebnisse der Jahre 1918 oder 1919 nicht besser sein werden, daß mit Notwendigkeit ein Sturz kommt im Steuerwerk, wie wir ihn noch nie erlebt haben? Wollen wir wirklich auch diese schwer belasteten Jahre auch noch mit einem Teil dessen, was die laufenden Ausgaben zu leisten haben, wiederum belasten? Wir sind dieses Jahr noch in der relativ guten Lage eines hohen Steuerwerks. Wir näherten im gewissen Sinne die Umlagen dessen mit, die die hohen Abgaben verursachen. Die hohe Preisbildung, die Entwertung des Geldes, die zu den hohen Löhnen führte, ist mit einer Quelle der hohen Veranlagung des Steuerwerks. Ich gebe zu, das sind Sünden; aber es ist eine Sünde, und wir sollen nicht lächeln, solange es anders geht.

Stv. Herz (Dem.) Der Gedanke in den Entlasten nicht zu will zu gehen, hat ja etwas für sich. Aber von sozialen Gesichtspunkten aus hat der Gedanke des Stv. B. Ahrig auch sehr vieles für sich. Redner verweist sodann darauf, daß auch andere Städte, wie Karlsruhe, Barmen und Freiburg, Anleihen aufgenommen haben für Zwecke, die man gewöhnlich durch laufende Ausgaben bestritt. Der Gedanke des Stv. B. Ahrig sei deshalb nicht zu verwerfen.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer: Es gehört auch zur sozialen Pflicht, diejenigen zu befragen, die es angeht. Hebers Jahre werden wir es fühlen, daß wir ärmer sind als nach dem 30jährigen Kriege. Wir wissen noch nicht, wie groß die Lasten sind, die wir im nächsten Jahre zu tragen haben. Ich persönlich kann der Meinung des Vorredners nicht beistimmen.

Bei Titel III, „Einnahmen und Kosten der Gemeinde“ Grundstücke, Ertrag von Pachten, Abgabe für Benutzung gemeindlichen Eigentums, landwirtschaftliche Betriebe, Feldhut, Miete“ regt Stv. Herz (Dem.) die weiteste Erzielung von Kleingärten an. Ein Kranz von Kleingärten sollte sich um die Stadt herumziehen. Jedem kleinen und mittleren Manne sollte die Möglichkeit geboten sein, einen städtischen Garten zu bekommen.

Bürgermeister Dr. Finter: Die Anlage von Kleingärten am Friedhofspitze unterließ aus dem Grunde, weil es sich dort um Grundstücke handelte, auf denen bereits Landwirtschaft betrieben wird und man das Gelände den Beuten nicht nehmen wollte. Wir haben infolgedessen die Anlage von Kleingärten auf den Herbst zurückstellen müssen. Im Herbst dieses Jahres werden eine große Anzahl Gärten in den verschiedensten Stadtteilen angelegt.

Stv. Zimmermann (Ztr.) verweist darauf, daß sich die Kleingärten sehr gut bewährt hätten. Da die Einfriedigung der Gärten jedoch während des Krieges sehr leicht geworden sei, wäre eine neue Einfriedigung dringend erwünscht. Redner wünscht auch Erteilung von Brücken in den Kleingärten.

Bürgermeister Dr. Finter weist auf den Mangel an Leitungsröhren hin und verpflichtet im übrigen Abhilfe.

Stv. Wendling (Mietp.) schließt sich den Wünschen um Erteilung von Brücken in den Kleingärten an. Auch eine bessere Bewachung der Kleingärten wäre dringend zu wünschen.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer: Eine bessere Bewachung der Kleingärten ist unter den jetzigen Verhältnissen unmöglich.

Stv. B. Ahrig (Dem.) wünscht die Kultur von Gemüse auf den städtischen Backgärten. Die Zufuhr aus dem Ausland werde nicht sehr stark sein. Deshalb müsse auf dem städtischen Gelände Gemüse gezogen werden.

Bürgermeister Dr. Finter glaubt, daß die Herbstversorgung mit Gemüse infolge des vermehrten Anbaues eine gute sein wird. Der Gedanke des Vorredners sei aber nicht zu verachten. Man werde sehen, größere Güter in der Nähe der Stadt zu erwerben. Diesbezügliche Schritte bei der Regierung würden erfolgen.

Stv. Geil (Soz.) kommt auf Zustände auf dem Glasofen bei Buchen zu sprechen, wo statt Milchviehwirtschaft zu viel Schafwirtschaft getrieben worden sei. Die Folge sei gewesen, daß die Milchproduktion verringert wurde. Der frühere Pächter des Gutes privatisiert jetzt. Solche Milchstände, wie sie sich auf dem Glasofen herausstellten, gehören beseitigt und der Hof in die Hände der Stadt gelegt. Man habe auf dem Hof den Bod zum Gärtner gemacht.

Schlachthofdirektor Dr. Fries bestritt, daß durch die Haltung der Schafe die Milchviehhaltung beeinträchtigt wurde. Auf dem Glasofen werde trotz des Futtermangels ein gutes Milchergebnis von täglich 2 Liter pro Kuh erzielt.

Bürgermeister Dr. Finter konstatiert ebenfalls, daß nicht die Schafhaltung die Verringerung der Milchflüsse veranlasste, sondern daß dies eine Folge des überall herrschenden Futtermangels war. Er werde der Sache nachgehen und für Aufklärung sorgen. Die Milchzentrale an sich sei bezüglich der Milchleistungen nicht maßgebend, sondern der Kommunalverband Buchen.

Stv. Arnold (Soz.) steht auf dem Standpunkt, daß das Fleisch der notgeschlachteten Rinde unbedingt nach Mannheim hätte kommen sollen. Redner wünscht die Lieferung von Soakartoffeln für Kleingartenbesitzer durch die Stadt, weil sie von auswärts nur sehr schwer zu bekommen sind.

Stv. Geil (Soz.) bemerkt, daß das Schwarzschlachten verboten sei, schlachte man jetzt weiß. Das Fleisch der notgeschlachteten Tiere sei zu Bucherpreisen verkauft worden. Die Leute im Glasofen seien alle erbittert über das Schlachten und Wälten der dortigen Haltung. Wo die Truhbühner, Gänse und das sonstige Geflügel hingekommen sei, wisse auch niemand. Ebenso konnte man den Betrag für die verkauften Kartoffeln nicht in den Büchern finden.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer und Bürgermeister Dr. Finter sichern genaue Prüfung der vorgebrachten Beschwerden zu.

Bei Titel V, „Erträge der städtischen Werke, Beiträge von Anstalten, Zuschüsse an Werke und Anstalten“ wird in die Beratung der städtischen Vorlage über die Erhöhung des Wasserpreises eingetreten.

Stv. B. Pfeiffle begründet die Vorlage in längeren Ausführungen und befürwortet die Annahme der Vorlage.

Oberbürgermeister Ruzer nimmt besonders Bezug auf die Ausführungen des Vorredners bezüglich des Wasserpreises. Er weist auf die Verbindlichkeit des Begriffes „Ueberschüsse“ hin und mahnt zur Vorsicht in dieser Beziehung.

Die Erhöhung des Wasserpreises wird hierauf einstimmig angenommen.

Ebenso geschieht dies mit der Erhöhung des Gaspreises. Stv. Dr. Deseljohn (Dem.) nimmt zur Kol. Erhöhung der Strompreise das Wort. Er hält es für notwendig, daß das Elektrizitätswert besser insollert wird, als es bisher der Fall war. Gerade die Techniker hätten sich auf den Standpunkt gestellt, daß es ein Unling sei, daß ein und dieselbe Person die Gebiete des Gases und der Elektrizität beherrschen kann. Wenn beide Werke von zwei getrennten Verwaltungsgestellten aus geleitet würden, kann es eine gesunde Konkurrenz vorhanden. Er hoffe, daß diese Anregung nachgeprüft werde und ist überzeugt, daß die Stadtverwaltung einen großen Nutzen daraus ziehe.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer weist darauf hin, daß diese Anregung nicht neu sei. Er möchte nicht darauf eingehen, da die bevorstehende Neuordnung der Dinge in der Gemeindeverwaltung dies nicht notwendig erscheinen lasse. Bezüglich der Kohlenkauf habe man die Pflicht, sie in künftige Beiträge aufzunehmen. Es seien nur ganz wenige städtische Betriebe, die diese Kohlenkauf ausführen.

Direktor Bichler nimmt Stellung zu der Frage der Kohlenausbeute. Es sei richtig, daß der Kohlenverbrauch in die Höhe gegangen sei. Aber auch die meisten andern Betriebe mühten zu einer Erhöhung des Kohlenverbrauches. Auch hier sei der Verbrauch pro Kilowattstunde von 1,1 auf 1,5 kg. in die Höhe gegangen. Es hänge damit zusammen, daß die meisten Betriebe abgewirtschaftet haben.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer gibt Kenntnis von dem Eingang einer Resolution der Dem. Partei, die Straßenbahn in Käferal bis ins Ortssinnere weiterzuführen. Er befürwortet aber, daß die Behandlung dieser Resolution noch etwas länger im Besonderen hängen würde. Im allgemeinen herrsche die Ansicht vor, daß man diese Fragen zurückstellen will, bis das neue Gemeindekollegium zusammengetreten sei.

Stv. Vogelsgang (Dem.) begründet die Resolution und fordert gleichzeitige Weiterführung der Straßenbahn von Käferal bis nach Waldhof. Er nimmt weiter Stellung zu dem Rückstrom mit der Oberbahn. Eisenbahngesellschaft. Solche Zustände seien inakzeptabel, auch die Ueberfüllung der Wagen besonders der Linie 10 müsse durch Einstellung von Anhängewagen abgeholfen werden. Weiter bringt der Redner noch verschiedene Wünsche vor zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse.

Stv. Weiz (Mietp.) führt aus: Während erst voriges Jahr die Straßenbahnfahrerin eine recht erhebliche Preisverhöhung erfahren haben, sollen nunmehr schon wieder die Fahrpreise um 33 Prozent erhöht werden. Der Straßenbahnfahrer ist für die Verkehrs- und Wohnungsfrage von tief einschneidender Bedeutung, ganz besonders für die heute so dringend benötigten Arbeiterwohnungen. Durch billige Tarife und ausgiebige Vorarbeiten sollen Arbeiter und Innensiedler und die von der Arbeitsstätte weit entfernten Wohnungen einander näher gebracht werden. Stattdessen nun die jeder gesunden Wohnungspolitik hoch sprechende abermalige Preisverhöhung der Fahrpreise. Nun ist ja in der Vorlage nachgewiesen, daß trotz des starken Straßenbahnverkehrs, unter den heute obwaltenden Verhältnissen die Einnahmen die Ausgaben nicht decken. Dies ist aber auch bei anderen Instituten der Fall, so z. B. beim Theater. Obwohl nun dieses nur von einem kleinen Teil der hiesigen Bevölkerung, die weit überwiegend der gutemittelten Bevölkerungskategorie angehört, besucht wird, gibt man hier einen städtischen Zuschuß von 818 000 M. Während man aber die Abonnement- und Tagespreise des Theaters nur um 5 Proz. erhöht, erhöht man die Fahrpreise für die Straßenbahn um weitere 33 Prozent. Dieser Erhöhung können wir nicht zustimmen, wir lehnen die Vorlage ab.

Straßenbahndirektor Bismil nimmt zur Frage der Rentabilität der Straßenbahn Stellung. Heute habe man weit mehr als 80 Proz. Personallohn. Wenn man dem Wunsch der Fortführung der Käferal Linie entsprechen wollte, so sei darauf zu erwägen, daß zunächst dringende Reparaturen besonders an Geleisen vorzunehmen seien. Er steht persönlich auf dem Standpunkt, daß man das Beschäftigen nicht befürworten sollte, da es einen Faktor der Betriebsfähigkeit darstelle. Immerhin sage er zu, daß besonders von Seiten des Personalpersonals geäußerten Wünschen zu entsprechen und die Angelegenheit in Erwägung zu ziehen. Die gesamten Anhängewagen des städtischen Depots seien in Benutzung, eine Neubeschaffung sei zur Zeit nicht zu befürworten, da ein Anhängewagen heute 28-30 000 M. koste. Ein Notprogramm, dessen Kosten vor dem Kriegsausbruch sich auf 15-16 000 M. beliefen, komme jetzt auf 35 000 M.

Stv. Guldner (Ztr.) hofft, daß der Straßenbahnfahrer, wenn er wieder revidiert werden würde, mehr dem Gesichtspunkt der Allgemeinheit aus behandelt werde. Im übrigen glaubt er, daß

die Mißstände auf der Linie nach Käferal auf die mangelnde Zusammenarbeit des beiderseitigen Personals zurückzuführen ist. Bei einer besseren Zusammenarbeit wäre mancher Mißstand aus dem Wege zu schaffen.

Stv. Geil (Soz.) stellt fest, daß die Karlsruhe Straßenbahn einen Ueberschuß erzielt habe, trotzdem das Karlsruher Personal nicht schlechter wie das Mannheimer Personal bezahlt sei.

Stv. Dr. Stein (Dem.) bringt verschiedene Wünsche bezüglich der Verkehrszeit der Linie 4 und 9 zur Sprache.

Direktor Bismil geht auf die vorgebrachten Beschwerden der Bevölkerung ein. Das Befahrrecht auf der Käferal Linie habe die O.G. Die Frage der Ausschaltung der Zwischenstationen wird geprüft.

Stv. Holzwardt (Dem.) wünscht besserer Verkehr, namentlich in Rücksichtnahme auf die ankommenden Züge der Hauptbahn in den Abendstunden.

Stv. Reifner (Soz.) ist mit der Antwort des Bürgermeisters Dr. Finter betreffs der Weiterführung der Straßenbahn nach der Gartenstadt absolut nicht zufrieden.

Stv. Geil (Soz.) verlangt baldige Inangriffnahme verschiedener Straßenbahnprojekte. Zuerst kämen Erdarbeiten und zuletzt die Eisenbahnlinien.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer kommt auf die Ausführungen des Stv. Guldner zurück und bemerkt, er könne nicht zugeben, daß Fehler in der Vorlage seien. Die Monatsfremdenkarte könne nicht in Zusammenhang gebracht werden mit der Anzahl der Inanspruchnahme der Straßenbahn. Kinder würden in der Fahrpreismessung nicht mehr berücksichtigt als in anderen Städten.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen, bezüglich der Resolution betreffs Weiterführung der elektrischen Straßenbahn nach Käferal.

Stv. Arnold (Soz.) beschwert sich, daß bei Steinhauserarbeiten zuviel Aufträge nach auswärts vergeben werden.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer tritt wieder Aufklärung entgegen. Stv. Arnold (Soz.) bleibt dabei, daß der größte Teil der Steinhauserarbeiten nach auswärts komme, während der kleinste Teil hier bleibe. Oberbürgermeister Dr. Ruzer will die Angelegenheit prüfen lassen. Auf Wunsch des Cabarets teile er mit, daß auch die „Kastell-Friedhöfe eine würdige Kriegerdenkmäler erhalten sollen.

Bei Post VI, „Einkaufliche Ausgaben“ wird die städtische Vorlage über Änderung der Fußverkehrssteuer beraten, die von Stv. B. Ahrig (Dem.) begründet wird.

Stv. Ellwanger (Soz.) bringt verschiedene Einwendungen gegen die Vorlage vor.

Stv. Schneider (Dem.) wünscht für die Gesang-, Turnvereine etc. etwas mehr Rücksichtnahme, zumal da ein großer städtischer Gesangverein gegründet werde. Redner beantragt sodann in § 8 den Absatz b, der für ein Eintrittsgeld von 51 Pfg. bis 1.- Mark eine Fußverkehrssteuer von 20 Pfg. vorschlägt, zu streichen und es beim bisherigen Nodus zu belassen.

Stv. Dr. Stern (Dem.) weist die interessante Mitteilung, daß für das nächste Volksorgel bereits 7000 Einkaufungen vorliegen, doch also der Abzugswahl bereits überläßt sei. Was den neuen Fußverkehr betreffe, so mache dieser den hiesigen Gesangvereinen absolut keine Konkurrenz. Die Vereine hätten alle Ursache, diese Bestrebungen zu unterstützen. Der Fußverkehr würde auch den hiesigen Gesangvereinen entgegenkommen. Redner bringt sodann den Antrag ein, Volkskongresse von nicht über 70 Pfg. Eintrittsgeld (bisher 50 Pfg.) frei zu lassen von der Fußverkehrssteuer. Die Abstimmung ergibt die Annahme des städtischen Antrages mit allen gegen 2 Stimmen, wovon in § 1 Absatz 4 der Fußverkehrssteuerordnung das Wort „Künstlerisch“ gestrichen wird. Der Antrag, eine Fußverkehrssteuer von 20 Pfg. zu erheben bei einem Eintrittsgeld von 51 Pfg. bis 1 Mk. wird mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. Eintritt sind angenommen wird der Antrag: Die Kartensteuer beträgt bei Kinematographen, Varietés-Theatern, Log. bunten Bühnen, Cabarets, Uebereitell, Singelangel und ähnliche Darbietungen bei einem Eintrittsgeld von 50 Pfg. oder weniger 10 Pfg., bei einem Eintrittsgeld von 51 Pfg. bis 1 Mk. 20 Pfg. und bei einem höheren Eintrittsgeld für jede angelegene 50 Pfg. je 10 Pfg. Bei sonstigen Veranstaltungen bleibt es wie bisher.

Stv. Oppenheimer (Dem.) gibt dem Stadtrat die Anregung, zu versuchen, ob nicht der Staat auf seinen Anteil am Vermächtsrecht verzichtet.

O. A. Dr. Ruzer erwidert, daß diese Anregung schon der alten Regierung gegeben worden sei. Er wisse aber nicht, ob die neue Regierung darauf eingeht.

Gewährung von vorkerbereinigten Feuerzulagen. O. B. Dr. Ruzer behandelt hierzu eingehend einen städtischen Zusatzantrag, der den Bekehrten ein Erlösminimum bieten will. Der Ergänzungsvorschlag habe den Mangel, daß er einen Mindestumsatz von 21 000 M. erfordere, der aus der Rücklage gedeckt werden soll. Damit werde bei den jüngeren Bekehrten als Erlösminimum 2000 M., bei den älteren Bekehrten 3000 M. und den Bekehrten 5000 M. als Erlösminimum angenommen.

Stv. B. Pfeiffle bemerkt zu der Vorlage im Allgemeinen, daß gerade für die Lebensverhältnisse seien nicht die heutigen Preise, sondern die Verhältnisse selbst. Bei der Regierung müsse man darauf drängen, daß sie alle Mittel in Bewegung setzt, um hierin eine Besserung der Lage zu erlangen. Redner hofft viel von der Aufhebung der Mietbeschränkung. Man siche einer Schraube ohne Ende gegenüber, die auch die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse ungünstig beeinflussen. Redner empfiehlt namens des Stv. Vorstandes die Annahme der Vorlage.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer macht ergänzende Mitteilungen zu den Ausführungen des Vorredners bezüglich der Zulagen.

Stv. Herz kommt in längeren Ausführungen auf die städtischen Vorlage zu sprechen und unterzieht insbesondere die Unterredner in den einzelnen Gehaltsklassen einer Besprechung. In vielen Stadien sei man über die vorjährige Feuerzulage hinausgegangen. Jeder Tag bringe neue Feuerzulagen. Dem Jahre 1918 gegenüber sei eine weitere Zulage festzusetzen und es sei darum durchaus angebracht, daß über die Feuerzulage des Jahres 1918 hinausgegangen werde. Daher wäre es am Platze gewesen, daß wenigstens den städtischen Beamten das gegebene werde, was die staatlichen Beamten erhalten haben. Die städtischen Beamten wünschen infolgedessen eine einmalige Zulage von 500, damit dieser Ausgleich zustande komme. In seinen weiteren Ausführungen kommt Redner auf die Zulagen in Würtemberg zu sprechen, wo z. B. in Stuttgart, die staatlichen Gehälter überschritten werden. Die Gehälter der hiesigen Beamten sollten ausgemittelt werden. Ein unversehrter Beamter bekomme jetzt einen Mindestlohn von 2000 M. in Mannheim. In Karlsruhe würden 2100 bezahlt. Die Forderung der Beamten sei daher durchaus begründet. Die Beamten hoffen, daß der Bürgerausschuß in diesem Sinne beschließen wird.

Oberbürgermeister Dr. Ruzer entgegnet dem Vorredner, daß die Stadt Mannheim dem Staat weit vorangegangen sei. Wenn eine Gruppe von Gemeindebeamten durch die Vertretung, in einer Weise beim Vorbringen eines Antrages ausfällt wird, daß sie denken gen, von denen sie etwas berechtigtes will, diese Absichten oder ein nicht bindendes Verständnis oder mangelnden guten Willen unterstellt, dann darf man dies weigern. Nicht jeder, der etwas fordern will, kann es ungeschwinkt sagen. Das hat keinen Anstand. Man soll aber nicht dem andern etwas unterstellen, was gegen seine Ehre geht. Das muß ich zurückweisen. Ich glaube, daß die Beamten mit dem Vorstand der Eingabe sich nicht völlig einverstanden erklären. Wie ist dies wenigstens von einer Reihe von Beamten gesagt worden. (Hört! Hört! auf der Galerie.)

Stv. Knobel (Dem.) weist darauf hin, daß die Zulage in Hinsicht auf die Feuerzulagen für den Einzelnen kleiner ist, als sie das letzte Jahr war. Er sehe nicht ein, warum gerade die Beamten und Lehrer diejenigen sein sollen, an denen eingespart werden soll. Der Redner beschäftigt sich weiter mit der wirtschaftlichen Lage der Lehrer, in besonderen der Unterlehrer. Die Stadt Mannheim solle doch mindestens das geben, was der Staat ihnen zuzuschick. Er könne nicht annehmen, daß die Stadt Mannheim hier hinter den staatlichen Gehältern zurückbleiben will. Auf dem Lande stelle sich der Unterlehrer besser, als hier in Mannheim und es halte schwer, ihn jetzt nach Mannheim

zu bringen, was im Interesse der Heranbildung eines tüchtigen, großstädtischen Lehrkörpers zu bedauern ist.

Stv. Weill (Soz.) kommt auf die Höhe und Gehälter der Straßendehner zu sprechen. Man müsse die Höhe so festlegen, daß mindestens 4000—6000 M. bezahlt werden. Das Existenzminimum solle 4000 betragen. Es sei so, wie Stv. Herz sagt: Die Stadt handle kapitalistisch. Wenn die Straßendehner nicht scharfes Gesicht aufzubringen hätten, so hätte sich die Stadt zu dem neuen Gehalt nicht bereit gelassen. Mit diesem Gehalt habe er von Herrn Oberbürgermeister gehört, daß nicht alle Beamten mit der Eingabe einverstanden waren. Diese Beamten seien nicht wert, daß man ihre Interessen vertrete.

Oberbürgermeister Dr. Kupper ist der Ansicht, daß die Höhe für die einen Kolossal erhöht werden sollen.

Stv. Arnold (Soz.) stellt fest, daß die kleineren Beamten und Angestellten mit der vorgeschlagenen Teuerungslage nicht auskommen könnten. Stv. Herz hätte früher schon seinen Einfluß bei den Beamten geltend machen sollen. Es hätten einige Lehrer heute gelorchen, aber keiner sei für die Bekehrungen eingetreten. (Stv. Arnold ruft, sich einbezugnehmend.) Redner verlangt gleichmäßige Regelung der Höhe und Gehälter.

Stv. Herz kommt auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters zu sprechen und ist der Ansicht, daß er gerade von seiner Organisation ein Vertrauenwort an die Stimmen erhalten habe. Mit dem Ton der Eingabe sei man der Höhe eines anderen nicht zu nahe getreten. Man habe in der Eingabe allerdings ziemlich heftig zum Ausdruck gebracht, daß die Beamten auch in die Lage kommen könnten zu streiken. Das werde wohl der Grund gewesen sein, warum man diese Antwort gegeben habe. Er gebe zu, daß der Stadtrat mit großer Sorge vor der Zukunft sehe. Man müsse aber mit den Tatsachen rechnen und den Forderungen der Beamten Rechnung tragen.

Stv. Holswart (Dem.) bittet die Gehaltsfrage des Bürgerausschusses, die Forderungen zum Teuerungsausgleich zu unterkühlen.

Stv. Dr. Jellsohn (Dem.) betont, daß man alle Mittel habe, darnach zu trachten, daß tüchtige Unterlehrer nach Mannheim kommen, um für die Stadt Mannheim einen Stamm tüchtiger Lehrer zu erzielen. Schmecken Derselbe müsse er aber ausdrücken, daß ein großer Teil seiner Freunde gegen die Vorleser Stimme. Sehr gerne würde man der Vorlage demgegenüber gegenüberstehen, so ja die Ernährung außerordentlich schwierig ist, wir müssen aber andererseits sagen, daß der Bürgerausschuss über den einzelnen Parteien steht. Wenn man das Budget, so werde man finden, daß alle Einnahmen zurückgingen. Wir müssen überall sparen, wo es sparen ist. Stv. Herz hat aus seinem Leben der künftigen Einkommensverhältnisse erzählt. Man müsse aber auch unserer künftigen Beamten denken, die heute 28—30 Jahre alt sind und noch keinen Pensionsanspruch haben, nicht so viel verdienen wie Stv. Herz als Unterlehrer vor 20 Jahren. Redner ruft wieder in längeren Ausführungen auf die wirtschaftliche Lage der in einzelnen wirtschaftlichen Bereichen beschäftigten Beamten und Angestellten, die infolge des Preisens jeglicher Rohstoffe dem Elend preisgegeben seien. Jetzt habe es Arbeiter und Steuerzahler, Arbeiter und Entbehren (Munche und Wertspruch auf der Galerie). Solange man nicht wisse, wie man den Betrag für die beantragten Ausgaben ausbringen könne und ob eine Deckung vorhanden sei und sie sich erwidern lasse, müsse seine Fraktion bedauerlicherweise dagegen stimmen.

Stv. Schlier (Str.) habe die Auffassung, daß die Stadt ein Interesse daran hat, die Anwartschaft der Beamten zu bereinigen. Er unterzieht sich den Ausführungen, die der Stv. Weill bezüglich der Beurlaubung der Straßendehner gemacht hat. Er möchte wünschen, daß die Streitigkeiten der Stadt mit den Beamten weniger vor der breiten Öffentlichkeit behandelt werden.

Stv. Dr. Siedinger (Dem.) tritt für die borgelegte Resolution ein, da die Unterlehrer das zukünftig, was ihnen gebührt. Hier wird die Sitzung um 3 1/2 Uhr abgebrochen und auf Dienstag Nachmittags 3 1/2 Uhr vertagt.

**Betrachtungen über die geistige Bürgerausgleichung.**

Der Berichterstatter denkt und der Oberbürgermeister lenkt — Wir hatten geglaubt, die 25 Punkte, die auf der Tagesordnung der geistigen Bürgerausgleichung standen, würden geschäftsordnungsmäßig wie im Vorjahre erledigt, ehe die letzte und wichtigste Vorlage der Voranfrage für 1919 zur Beratung käme. Der Oberbürgermeister operierte als praktischer Mann, der Zeit sparen will und muß; anders: er stellte bei Eröffnung der Sitzung den Antrag, die sämtlichen Vorlagen, die allerdings mehr oder weniger mit dem tatsächlichen Voranfrage in Zusammenhang stehen, beim Aufruf der einzelnen Titel zu erledigen und fand mit diesem Vorstoß ohne weiteres die Zustimmung des ganzen Hauses. Um es vorweg zu nehmen: man darf zurechtwärtig hoffen, daß die Beratungen, die gestern fünf Stunden währten, heute zu Ende geführt werden, weil der Hauptberatungsstoff zu einem großen Teil bewältigt ist. Die Verhandlungen wurden auch dadurch gefördert, daß man auf Vorschlag des Oberbürgermeisters, wie im Vorjahre, von einer Generaldebatte abließ, wobei allerdings nicht verniedert werden konnte, daß hin und wieder Ausführungen gemacht wurden, die nicht zur Spezialberatung gehörten.

Der verhältnismäßig wichtigste Punkt der Tagesordnung: **Gewährung von vorübergehenden Teuerungszulagen**, wurde infolge der Reihenfolge, die eingehalten werden mußte, erst am Schluß der Sitzung erörtert. Während die Galerie sehr laut bejahte, u. a. mit zahlreichen Straßendehnern, hatten sich die Punkte der Stadtverordneten recht geliebt. Oberbürgermeister Dr. Kupper eröffnete die Aussprache mit der Bekanntgabe eines künftigen Antrages, der den Forderungen der Straßendehner dadurch gerecht werden will, daß allen Beamten ein Existenzminimum um gewährt werden soll, das für längere Bediener 3000 M., für ältere Bediener 3300 M. und für alle Unterlehrer 3500 M. beträgt. Der Mehrheitsantrag für dieses Existenzminimum beläuft sich auf 311 000 M. Deckung erfolgt durch die besonderen Rücklagen. Der Oberbürgermeister besprach kurz die Mängel, die dieser Regelung anhaften. Vor allem fehlt der systematische Aufbau. Es wird deshalb unbedingt notwendig sein, daß der Gehaltsstatistik umgestaltet und bei dieser Gelegenheit die gesamte Zahl von Gruppen und Unterabteilungen innerhalb dieser Gruppen festgelegt wird. Der Oberbürgermeister hat zwar persönlich bereits einen Entwurf ausgearbeitet, er steht aber auf dem Standpunkt, daß der alte Stadtrat und Bürgerausschuss nicht mehr dazu berufen sind, beratende grundlegende Neuordnungen vorzunehmen, vielmehr dies den neuen Kollegien überlassen sollten. Entsprechende Anträge würden sehr bald nach den Neuwahlen eingebracht werden. Bis dahin mußte man sich mit den jetzigen Umständen abfinden. Die Unterhaltung, die nach diesen einleitenden Ausführungen einsetzte, bewegte sich beinahe ausschließlich in sozialpolitischen und wirtschaftlichen Bahnen und trug ziemlich den Charakter einer Generaldebatte. Schon der Obmann des Stadtverordneten-Vorstandes, Herr Pfeiffle, wies auf die Tatsache hin, daß die Anforderungen der städtischen Beamten und Arbeiter mit der noch nicht zum Stillstand gekommenen Verteuerung der Lebenshaltung automatisch steigen müssen, weil es unmöglich sei, mit den rationierten Nahrungsmitteln auszukommen. Derartige im Saale, der nicht zum Hamstern gründen sei und nicht die Befehle überträte, solle sich melden. Es erhob sich selbstverständlich niemand. Aber ein Bächlein erschien auf allen Gesichtern. Herr Pfeiffle vertrat die von allen Einsichtigen geteilte Auffassung, daß nur durch eine Verbilligung der Lebensmittel ein Stillstand in den Mehrforderungen der Beamten und Arbeiter eintreten kann, und daß dieser Abbau auf das engste mit der Aufhebung der Plakate zusammenhänge. Es sei den Beamten und Arbeitern wirklich nicht unangenehm, immer wieder mit Eingaben zu kommen, aber es bleibe eben nichts anderes übrig. Der Redner erklärte sich schließlich namens des Stadtverordneten-Vorstandes mit dem neuen Antrag des Stadtrates einverstanden und fand noch warme Worte für die wirtschaftliche Lage der Unterlehrer, die in ihrem Besonderen durch Erhöhung der Teuerungszulagen unbedingt berücksichtigt werden müssen, weil sie gegenwärtig weniger als ihre Kollegen auf dem Lande bezögen. Die Stv. Herz und Arnold nahmen sich der Beamteneingaben mit Nachdruck an. Herr Herz wies u. a. darauf hin, daß die Stadt Statistiken vorzulegen sei. Dort sei die Befestigung der Beamten und Arbeiter schon auf Schloß im Einklang mit der Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten und Arbeiter erfolgt. Das Existenzminimum von 3000 M. hält der Redner für zu niedrig. Herr Arnold betonte ebenfalls ausdrücklich, daß man sein Lehrverhältnis Herz die Förderung einer einmaligen

Zulage von 500 M. entsprechend dem städtischen Vorgange und nahm sich dabei mit Entschiedenheit der Unterlehrer an. Der Stv. Weill bejahte ebenso eingehend die Berechtigung der Forderungen der Straßendehner, denen ein Existenzminimum von mindestens 4000 M. zugestimmt werden sollte. Im übrigen erklärte er sich mit dem Vermittlungsantrag des Stadtrates einverstanden und versprach, der heute stattfindenden Straßendehnerversammlung die Annahme dieser vorläufigen Regelung vorzuschlagen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Straßendehner in Zukunft etwas rüchsigvoller behandelt würden. Stv. Dr. Jellsohn, der Sprecher der demokratischen Fraktion, stellte sich im Namen der Mehrzahl seiner Freunde auf einen ablehnenden Standpunkt, soweit die über den alten städtischen Antrag hinausgehenden Forderungen in Betracht kommen. Er verwies auf die jetzt schon sehr schlechte städtische Finanzlage, die geradezu katastrophal werden würde, wenn das Budget auf den Steuererwartungen des Jahres 1920 und 1921 aufgebaut werden müßte. Der Stadtrat habe die Verpflichtung, über den einzelnen Berufsständen zu stehen und im Interesse sämtlicher Steuerzahler seine Entschlüsse zu fassen. Unter diesem Gesichtswinkel müsse darauf verworfen werden, daß sich nicht nur die städtischen Beamten und Arbeiter, sondern auch andere Berufsstände in einer sehr schwierigen Lage befinden. Er brauche nur seinen eigenen Beruf zu betrachten. Mindestens 15 Mannheimer Anwälte verdienten z. B. nicht einmal soviel, daß sie die Praxis betreiben könnten. Handwerker, Handel und Industrie seien nicht besser daran. Als der Redner mit besonderer Betonung in den Saal rief, daß uns nur arbeiten und sparen, arbeiten und arbeiten! Rettung bringen könne, was das Echo auf der Galerie recht unwillig. Derartige Wahrheiten hören sich eben nicht gut an. Da noch mehrere Redner vorgemerkelt waren, so schloß Stv. Leo um 19 Uhr vor, die Debatte abzubrechen und heute vor Beginn der Sitzung in einer Besprechung der Fraktionsführer zu versuchen, zu einer Einigung zu gelangen, die im Interesse der Gesamtbevölkerung liege.

Die vorhergegangenen stundenlangen Beratungen brachten manche wertvolle Anregung, die im Sitzungsbericht nachgehoben werden kann. Stv. Pfeiffle eröffnete die Spezialberatung des Vorantrages mit recht zutreffenden allgemeinen Bemerkungen über die prekäre finanzielle Lage der Stadt Mannheim, die in den einzelnen Budgetteilen den bestmöglichen Ausdruck findet. Bei dem Titel „Kapitalvermögen und „Schulden“ regte Stv. Herz an, zur Entlastung der laufenden Wirtschaft mehr Kapitalien aufzunehmen. Er stieß aber damit beim Oberbürgermeister auf entschiedenen Widerstand, vor allem aus Gründen der Berechtigung. Man dürfe doch nicht auf diese Weise die Jahre belasten, die ohnehin schwer genug zu tragen haben würden. Die Erhöhung der Wasser-, Gas- und Strompreise zur Verminderung der Unterhaltung der Werke würde ohne wesentliche Debatte durchgeführt. Bei der Erhöhung der Zuschlagssteuer wurde eine Erleichterung für die Besara- und Sportvereine durchgedrückt. Stuhlrenten bis zu 70 Pfg. Eintritt bleiben von der Steuer völlig frei. Bei der Neuregelung des Straßendehnerarbeits wurde eine Entschärfung angenommen, die die Fortführung der Straßendehner in den Vorort Käfertal hinein fördert. Im übrigen konnte man an dem neuen Tarif, der einstimmig genehmigt wurde, nicht viel aussetzen. Von Wichtigkeit ist noch die Feststellung, daß bei der Berechnung der Gas- und Strompreiserhöhung vom Stv. Dr. Jellsohn die Trennung der Leistung des Gas- und Elektrizitätsnetzes zur Schaffung einer gesunden Konkurrenz gefordert wurde. Auch über diese Frage wie über so manche andere wird der neue Bürgerausschuss zu entscheiden haben.

**Aus Stadt und Land.**

**Neue Bestimmungen zur Linderung der Wohnungsnot.**

Da der Wohnungsmangel bei den Ministerium für Liebermanns-Verwaltung und Wohnungswesen auf die Initiative des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Mannheimer Arbeitervereins hin die Gemeindebehörden ermächtigt, anzuordnen:

- 1. Daß Wohnungen und Räume nur unter Namensangabe des Vermieters und genauer Bestimmung von Straße, Hausnummer und Straßenzug an Wohnzwecken öffentlich ausgeschrieben werden dürfen.
- 2. Daß das öffentliche Vertragen einer Wohnung für den Nachweis von Mietwohnungen und Mieträumen sowie die öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Preisangeboten auf Mietwohnungen und Mieträumen, verboten ist, und
- 3. Daß die Vermietung, Ueberlassung und Innebenutzung von bewohnten und unbewohnten Wohnungen und Räumen zu Wohnzwecken nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeindebehörde zulässig ist.

Die Zustimmung soll in der Regel nur erteilt werden, wenn die Gemeindebehörde dem Veräußerungsberechtigten alschweise einen Wohnungsuchenden bezeichnet. § 4 der Verordnung des Bundesrats über Wohnraumwesen vom 23. Sept. 1918 ist entsprechend. Wie die Zustimmung lautet, ohne daß dem Veräußerungsberechtigten ein Wohnsuchender bestimmt wird, so ist dem Veräußerungsberechtigten alschweise eine angemessene Frist zu bestimmen, binnen welcher er die Entscheidung des Einwohnerrates anrufen kann. Veräußerungen ohne die erforderliche Zustimmung der Gemeindebehörde sind rechtsunwirksam. Die Gemeindebehörde kann die betr. Wohnungen und Räume sofort in Ansehung nehmen. Die Verordnung tritt mit dem 1. April in Kraft.

Die Stadt Mannheim wird von dem Recht der Anordnung vorstehender Bestimmungen Gebrauch machen und in den nächsten Tagen eine diesbezügliche Veröffentlichung ersehen lassen. Die Aufkündigung im Wohnungswesen haben sich dort angeschlossen, daß es sich ein Einreisen in vorerwähnten Grenzen einfach nicht mehr neh. Derselben Erscheinungen wie auf dem Lebensmittelmangel machen sich auch in der Wohnungswirtschaft: der Wohnungs-schleuderei geht es ein. — Im Gesamtansehen werden 21. sechs Baracken zu Wohnzwecken ausgebaut. Die Fertigstellung ist unter der Verwaltung der Zustimmung des Generalkommandos, die jetzt eingetroffen ist.

**Deutsche demokratische Partei Mannheim.**

Die ersten Veranstaltungen der demokratischen Jugend mit einem Zyklus von 8 Vorträgen des bekannten Pädagogen Prof. Heilpach-Karlsruhe, am 7., 11. und 14. April in der Harmonie, D. L. G. Programm: am 7. Staatsbürgerliche Erziehung; am 11. Schule, Kirche, Staat; Religions- und Moralunterricht; am 14. Selbstprüfung, Schulgemeinde, freideutsche Jugend. Die Vorträge sind frei für Mitglieder der „Demokratischen Jugend“, für die übrigen Besucher, soweit Plätze verfügbar, wird ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. erhoben. Gerade die Frage der Jugendberührung ist heute eine brennende, deren Regelung im neuen Triest erfolgen muß. Es ist daher notwendig, sich über diese Frage zu orientieren, wozu die Vorträge eine vortreffliche Gelegenheit geben. Die Vorverkaufsstellen werden noch bekannt gegeben. —

× **Bekanntmachungen.** Am 1. April treten weitere Fahrpläneänderungen in Kraft und zwar auf den Strecken Bruders-Weiden-Bühlader, Bad-Stadt und Vöhringhausen. Ferner wird von Stuttgart bis Karlsruhe ein neuer Schnellzug eingerichtet ab Stuttgart 4.17 nachm., Vöhringhausen ab 6.34 Uhr, Montag und Donnerstag mit dieser Aus von Mannheim ab 12 Uhr mittags bis Karlsruhe durchfährt. Bis Sonntag wird der frühere Schnellzug Karlsruhe ab 7 Uhr abends, Vöhringhausen ab 7.45 Uhr, Stuttgart 9.12 wieder eingestellt.

× **Postliches.** Die Abgabeposten im unbefestigten Deutschland können fortan bei den in französischen Besatzungszone (ausgeschlossen Elsaß-Lothringen) liegenden Postabgabeposten Zeitungen bestellen. Nach der Rheinpfalz sind Postpakete auch mit anderen Waren als Lebensmittel und Schulbüchern aus dem unbefestigten Deutschland zugelassen, wenn die Einfuhr der betreffenden Ware von der französischen Commission économique in Ludwigshafen (Klein) durch schriftliche Einfuhrbewilligung gestattet wird. Der Absender hat die Einfuhrbewilligung bei der Auflieferung des Pakets vorzulegen und ein Doppel derselben dem Paket beizulegen.

× **Die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten.** Mit dem heutigen Tage tritt die Neuordnung der Arbeitszeit der Angestellten in Kraft. Nach der neuen reichsgesetzlichen Verordnung ist für alle An-

gestellten der Kaiserlichen Posten mit wenigen Ausnahmen und dort bestimmten Ausnahmen festgesetzt und außerdem bestimmt, daß offene Verkaufsstellen von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens geschlossen sein müssen. Die Regelung umfaßt vor allem die Kaufmannsberufe, jedoch die Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker, die Abrechnungsbüroisten, die für Büros niedere oder lediglich wechselläufige Dienste leisten und ferner die Lehrlinge, die sich für einen der vorgenannten Berufe ausbilden. Die Regelung gilt für alle Arbeitgeber.

\* **Keine nachträgliche Lohnungsauszahlung an Kriegsgefangene.** Der Kaffhäuser-Bund der Deutschen Landeskriegsgefangenen hat in einer Eingabe an das Reichsjustizministerium angezogen, daß den in Gefangenschaft gemessenen Kriegsgefangenen nach ihrer Rückkehr die während der Gefangenschaft nicht gezahlte Lohnung nachgezahlt wird. Diese Eingabe ist vom Reichsminister der Finanzen abschlägig beschieden worden mit der Begründung, daß die zurückbleibenden Kriegsgefangenen wirtschaftlich nicht schlechter gestellt wären als ihre nicht gefangenen gemessenen Kameraden. Die Bewilligung der Lohnung an die Kriegsgefangenen würde daher eine wirtschaftliche Besserstellung bedeuten und bei allen anderen Heeresangehörigen große Verwirrung herbeiführen.

× **Zur Bekämpfung der Wohnungsnot** wird uns geschrieben: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß die an sich kaum ausreichende Zahl der Wohnungen noch dadurch vermindert wird, daß bisherige Wohnungen unter ganz erheblichem Aufschlag als Büro- oder Kantine vermielet werden. Der Vermieter erwartet hierdurch eine bessere Ausnutzung seiner Räume. Ferner werden die teilweise mit städtischen Mitteln erstellten Mietwohnungen zu Bucherpreisen vermietet. Die Mietervereinigung hat an den Stadtrat eine Eingabe zum Zwecke der Bekämpfung dieser Mißstände gerichtet. Vor allem ist nach dem Vorbild anderer Großstädte auch für Neuvermietungen dem Mietervereins ein Recht auf Festsetzung der Mieten zu geben. Auf den Umsetzungszeitpunkt des 1. April sind jetzt noch viele Mieter ohne Wohnung. Zur Reueherstellung von Wohnungen mit erschwinglichen Mieten kann diese Gefahren für die Allgemeinheit bannen.

× **Bankfeiertag am Oster-Samstag.** Wie in den Vorjahren, empfiehlt der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, einer Anregung des Deutschen Bankbeamten-Vereins entsprechend, den deutschen Banken und Bankfirmen, am Oster-Samstag, den 19. April, ihre sämtlichen Geschäfte, Kassen und Wechselstuben zu schließen und nur für die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an Generalversammlungen, sofern es sich um den letzten Tag der Hinterlegungsfrist handelt und für Wechselzahlungen beim Hauptgeschäft, einen Schalter von 10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet zu halten. Für Berlin ist ein entsprechender Beschluß von der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers (Stempelvereinigung) bereits gefaßt worden; die Leitung der Interessengemeinschaft der Berliner Privatbankfirmen hat beschlossen, ihren Mitgliedern eine gleiche Handhabung zu empfehlen.

× **Deutsche liberale Volkspartei, Mannheim.** Donnerstagabend hielt Herr Professor Ludwig Frankei aus Ludwigshafen a. Rh., Mitglied der Parteileitung der Deutschen Volkspartei in der Pfalz, in der Lage „Acht zur Einheit“ einen Vortrag über „Das Schicksal des linken Rheinufers“, der auf die jährlich erscheinenden Zuhörer einen tiefen, teilweise schmerzhaft erhellenden Eindruck machte. Der Redner führte keine Zuhörer, teilweise gestützt auf französische Zeitungen und unter französischem Zwang geschriebene Artikel linksrheinischer Wäiter, vom Elsaß durch die Pfalz und Rheinhessen zur Rheinprovinz bis nach Köln und Düsseldorf. Das Traurige ist, daß führende Männer der Zentrumspartei in der Pfalz, wie im Reichsland, in Rheinhessen und der preussischen Rheinprovinz heimlich und offen auf die Loslösung des linken Rheinufers von Deutschland, auf die Gründung eines linksrheinischen oder rheinisch-westfälischen Völkerstaates unter französischem Protektorat hinarbeiten, daß namhafte katholische Geistliche bei dem kommandierenden General Görard in Vanbau, der Herrschaft gefolgt ist, aus- und eingehen, daß die gewählten Zentrumsoberordneten der Pfalz beschließen haben, an den Verhandlungen der bayerischen Landesversammlung in München teilzunehmen. Unsymmetrisch ist es anzuerkennen, daß die Vertreter aller anderen Parteien, der Deutschen liberalen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der beiden sozialistischen Parteien, jeden Gedanken einer Loslösung deutschen Landes mit Entrüstung bekämpfen. In Rheinprovinz ist der französische Sprachunterricht verbindlich in allen Schulen eingeführt; aber sonst verfährt die Besatzung etwas anders als in der Pfalz, weil der kommandierende General Görard, der übrigens in den letzten Tagen abgerufen wurde, ein radikaler Demokrat ist. In der Rheinprovinz, wo Amerikaner, Engländer und Belgier die Besatzung bilden, wird die Bildung eines neutralen Völkerstaates mit aller Macht betrieben. In England ist es besonders darum zu tun, die Herrschaft über die Rheinischlothe von der Wäandung bis in die Schweiz zu erlangen. Ihre Einsicht ist es allein, die den französischen Plänen auf Annexion der Pfalz entgegentritt. Möge es Mannheim prägnant sein, so schloß der warmherzige Redner, durch die kommenden Räte als Festung deutscher Geistes, durch bis zu einer besseren deutschen Zukunft auszuhalten! Der Vorsitzende, Herr Staatsanwalt Dr. Veitger, hobte bei Beginn des Abends die Versammlung und den Vortragenden mit gedankenvollen Worten begrüßt, er beschloß die Veranstaltung mit dem Ausdruck herzlichsten Dankes an den patriotischen Redner. Eine Entschließung, in der gegen jeden Versuch Einsprüche erhoben wird, ein Stück pfälzischer Bundes vom Deutschen Reiche loszureißen, soll an die Parteileitung der Deutschen liberalen Volkspartei in Weimar gerichtet werden.

× **Krankebedeckung.** Die Deutsche liberale Volkspartei ließ heute am Bismarckentmal anlässlich des Geburtstages des Reichskanzlers einen Kranz mit schwarz-weiß-rottem Bande niederlegen.

× **Ein Einbruchsvorfall** wurde Sonntag Nachmittag oder Abend bei Rechtsanwalt Dr. Oelenheim, E. L. 4/3, verübt. Die Diebe fanden bei dem Genannten, der sich selbst Leiter der Unterbühnen Landesstelle für den bürgerlichen Zahlungsverkehr ist, freierlicher barres Geld. Dagegen stehen ihnen wertvolle Kleidungsstücke und Schmuckstücke, sowie dergleichen in die Hände. Wertvolle Möbel wurden schwer beschädigt.

**Spielplan des National-Theaters**

**Neues Theater**

April	Tag	Abend	Vorstellung	Abend	Vorstellung
1. D.			8. Einheitspreisvorst.: Einsame Menschen	7	
2. M.	38	C	Zum ersten Male: Genoveva	6	
3. D.		A	Im Saal der Volkshäuser für jugendliche Musikanten: Fidelio	6	
4. F.	39	C	Undine	6 1/2	Der Gullenswurm 7
5. S.	38	A	Kathle und Liebe	7	
6. S.	38	D	Die Bohème	8	Der Herr Senator 7

**Aus dem Lande.**

× **Schwelmen, 31. März.** Wie verlautet, steht das Straßverfahren in Sachen der Rätin Lebensmittellieferung vor dem Abschluß. Im Laufe dieser Woche sollen die letzten Verhandlungen stattfinden. Die Festigung des Sachverhalts durch den Richter nahm etwa 1/2 Jahr in Anspruch. — Das Mitglied des Kommunalverbandes in der Turnhalle wurde kürzlich hinterinander von Einbrechern heimlich. Vor etwa 8 Tagen sind ca. 40 Pfund Mehl und ein Stupfen Erbsen entwendet worden. Seltener wurde entdeckt, daß wiederum ein Quantum Mehl von gewaltigem Einbruches bereitgestellt war, um in der Nacht abgeholt zu werden. Die Sicherheitsorgane legten sich dort auf die Fauer und ermittelten in später Stunde den 12-jährigen (1) Schüler Albert R. a. d., als er das bereitgestellte Mehl abholen wollte. Eine sofort in der älteren Wohnung vorgenommene Hausdurchsuchung förderte auch den größten Teil des 8 Tage vorher gestohlenen Mehles und den Erbsen zutage. Die ganze Familie wurde wegen Hehlerei verhaftet. Der jugendliche Dieb hatte die Unterführung eines anderen Schülers, den 13 Jahre alten W. S. und seines älteren Bruders Karl bei seinen Beutezügen,



### M. Brumlik

Spezial-Teppich- und Möbelgeschäft, Tel. 7734, E 3, 9  
 empfiehlt zu bekannt billigen Preisen  
 kompl. Schlafzimmer: kompl. Küchen  
 polierte u. lackierte Schränke  
 Tülidecken-Teppiche  
 Kocheleinen-Garnituren  
 Chaiselongues  
 mit oder ohne Decken (Friedensware)

### M. Brumlik

Spezial-Teppich- und Möbelgeschäft, Tel. 7734, E 3, 9.

**Damenhüte** Umpressen  
 Umnähen  
**Herrenhüte** Filz, Stroh u. Panama  
 werden gewaschen und auf „Neu“ hergerichtet. Klein  
**Hutwascherie Alfred Joos**  
 Mannheim, Q 7, 30. Telefon 5086.

### Bücher-Revisionen

Bilanzen, Organisationen  
 und alle Treuhändergeschäfte  
 Södd. Finanz- und Bücher-Revisions-G. m. b. H.  
 Fernspr. 4962 Mannheim Hch. Lanzstr. 13.  
 Gerichtl. beauftragte Bücher-Revisoren zu Diensten.

### Schreibmaschinen-Reparaturen

und Reinigungen  
 schnell und sachgemäß  
**HEINZ MEYNE, Büroeinrichtungen**  
 General-Vertreter der Adler-Schreibmaschine  
 C 3, 9. Fernsprecher 1246. C 3, 9.

### Moderner Damenschmuck

Die hochmodernen Steinketten in echt und un-  
 echt, in reicher Auswahl und allen Preislagen  
 eingetroffen.  
**J. Kraut, Breitestrasse, T 1, 3.**



Die neuesten  
**Anker-Registrier-**  
 und  
**Spartenkassen**  
 liefert  
**G. Merkle, Heidelberg**  
 Goethestrasse 1  
 General-Vertreter der Ankerwerke A.-G. Bielefeld.  
 Größte Registrierkassenfabrik Europas.

### Wir bauen

**Schalttafeln**  
 jeder Art u. Grösse  
 bei prompter Lieferung  
**Neu- u. Umbau**  
 von Schaltanlagen  
 einschließlich Umstellen an  
 Ort und Stelle.  
**Mannheimer**  
**Elektrizitäts-Gesellschaft**  
 m. b. H.  
 Telefon 7110. Alfabelfische 7.

### Brennholz.

**Waggons, Fuhrn und Zentner.**  
 Hartholz gespalten, ab Lager . . . 5.— inkl. p. Str.  
 frei Keller . . . 5.50  
 Tannenholz gespalten, ab Lager . . . 5.50  
 frei Keller . . . 6.—  
 fein gespalten . . . 6.50  
 frei Keller . . . 6.80  
 Bestellungen durch Postkarte.  
**Gröbe, Alphonstrasse 46**  
 Lager: Lortzingstr. 42/46. Telefon 2288.

Gefälligst der folgenden Umschreibung werden  
**Abnehmer in die Kundenliste**  
 noch aufgenommen.  
 Gütlichhalten wir uns in  
**Anfeuerholz**  
 lose und in Bündel  
**Hartholz**  
 als Ersatz für Kohlen bestens em-  
 pfehlen.  
**Carl August Nieten & Co.**  
 Kohlenhandlung  
 J 7, 19. Teleph. Nr. 217.

### GESCHAFTS-ERÖFFNUNG.

Hierdurch beehren wir uns ergebenst anzuzeigen, dass wir am 1. April cr. Tattersall-  
 strasse 2 (Nächste Nähe des Hauptbahnhofes), unter der Firma

### Geschw. Hadga Kowalski

### Salon für feine Massanfertigung

eröffnen. — Unsere langjährige Tätigkeit in leitender Stellung bei der Firma WERTHEIMER-  
 DREYFUS befähigt uns, auch dem ausgewählten Geschmack gerecht zu werden und alle  
 Wünsche der geschätzten Damen zu erfüllen.  
 Besonders pflegen wir die Anfertigung von Kleidern, Kostümen, Mänteln  
 und Pelzarbeiten.

Wir bitten die geehrten Damen um ihr geschätztes Wohlwollen.

Fernspr. 5424.

Hochachtungsvoll

Geschw. Hadga Kowalski.



Da der Andrang zu den Abend-Vorstellungen nicht mehr  
 zu bewältigen ist, müssen wir ab heute geschlossene  
 Vorstellungen geben, um Jedem Gelegenheit zu bieten, sich  
 dieses Gesellschafts-Sittenbild anzusehen, welches jahrelang  
 vor den Schranken der Zensur lag. — **Anfang 3<sup>1/2</sup> 5<sup>1/2</sup> 8<sup>10</sup> Uhr.**



Zum  
**Starfast**  
 ein Frühjahrskleid  
 nach  
**Ullstein-Schnittmuster**  
 Der Frühjahrskatalog ist einzusuchen  
 bei  
**Hirschland, Mannheim**  
 an den Planken.

### Zivil-Kriminal-Detektiv

Sachen, Ermittlungen, Beobachtungen, Überwachungen, Beweismaterial, speziell in Ehe- u. Alimentations-Prozessen, Privatanklagen über Vermögen, Verleihen u. s. w. allerorts.  
 Sachen, Recherchen in allen Fällen, Ermittlung anonymer Briefschreiber.  
 Sachen jeder Art werden gewissenhaft und beweiskräftig erledigt. Absolute Diskretion. Erste Referenzen.  
**H 2, 5 Detektiv-Zentrale Mannheim H 2, 5**  
 Carl Ludwig Dösch — Telefon 4615. E13a

### Ersatzstoffe

**Fa. Ernst Langensiepen jr., Chem. Fabrik**  
 Langerfeld-Barmen — Fernspr. 2920, 1973.  
 auch  
 former  
**Ersatzstoffe**  
 zu verwenden, ist Pflicht und  
 Papiergarngüte für Webereien und Bandfabriken, Appreturmittel, Klebstoffe, helle u. dunkle für alle Zwecke. Technische Fette und Minerale, Terpentin- und Benzol-Ersatz. W19a

### Volkswagen! Kleider-Reparatur-Werkstätte

**„Rapid“ D 2, 11**  
 Tel. 5082  
 Aufbügeln, Reparieren, Aendern und Wenden von Anzügen, Paletots usw.  
 — Ebenso solide Neuanfertigung. — 548a

### Stoffe für Damenkleider

werden preiswert zu haben  
**Q 7, 17a, parterre.**

### Nähmaschinen

repariert gut und billig.  
 H. Stell, Mechaniker  
 H. 4, 16. III. 3013a  
**K 3, 3 Pension**  
 sorgfältigen und reichlichen  
**Mittag- und Abendtisch**  
 für bessere Herren u. Damen.  
 Köchen werden billige getöndert  
 Tapezierarbeiten  
 319a Og. Jost, Q 4, 4.

### Geschäfts-Übergabe u. -Übernahme

An meine verehrte Kundschaft!  
 Ich beehre mich hiermit, meiner verehrten Kundschaft mitzuteilen, daß ich mein Geschäft mit Wirkung vom 1. April ds. Ja. nach langjähriger, erfolgreicher Tätigkeit an

**Herrn Theodor Künzler, hier**  
 abgegeben habe.  
 Meiner verehrten Kundschaft danke ich an dieser Stelle bestens für das mir seither entgegengebrachte Vertrauen und bitte gleichzeitig, das-  
 selbe auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.  
 Die Persönlichkeit desselben bürgt dafür, daß das Geschäft in der  
 bisherigen, soliden Weise weitergeführt wird.  
 Mannheim, im April 1919.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
**Ludwig Engelhorn, Schlossermeister.**

P. P.  
 Ich bitte, von obenstehender Geschäftsübertragung Kenntnis nehmen  
 zu wollen und mir als Nachfolger das gleiche Wohlwollen entgegen-  
 zubringen, mit dem Sie bisher die alte Firma beehrten.  
 Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, daß ich stets eifrig  
 bemüht sein werde, den mir erteilten Aufträgen in jeder Beziehung  
 gerecht zu werden.  
 Die Firma wird unter dem Namen  
**Ludwig Engelhorn Nachfolger,**  
 Inh. Theodor Künzler  
 weitergeführt.  
 Mannheim, im April 1919. 2909a

Mit vorzüglicher Hochachtung  
**Theodor Künzler Fernspr. 2733**

### Hotel „Odenheimer“

Das in Mannheim gelegene  
**Hotel „Odenheimer“**  
 früher „Leinweber“  
 ist ab 1. Oktober ds. Js. neu zu vermieten oder zu ver-  
 kaufen. Reflexanten belieben sich an Bedr. Reichenburg  
 C 4, 9b zu wenden.

### Elektromotoren

mit Kupferwicklungen, für alle Stromarten,  
 werden billigst besorgt. Gefl. Anfrag. unt.  
 Y. J. 84 an die Geschäftsst. ds. Bl. 2166a

### Institut für Gesichtspflege

**P 5, 13 Geschw. Steinwand Fernspr. 4013**  
 Damen die an Gesichtshaaren, Hautunreinigkeiten,  
 Gesichtsröte, schieltes Haar usw. leiden, finden  
 unbedingt sichere, erfolgreiche Behandlung.  
**Manikure, Körperpflege, Pedikure**  
 in und ausser dem Hause. T44a

### Brennholz.

Um Kohlen zu sparen, brennt Buchenholz. Ein-  
 pfehle **Tannen und Bündel**, jedes Quantum frei  
 ins Haus.  
 Tel. 5514 **S. Adrian C 1, 14.**

### Rattenvertilgung.

Frische Rattengiftkulturen ein-  
 getroffen. Leicht verwendbar.  
**Hofapotheke C1, 4.**

### Private Vorkule.

Täglich 2 Stunden in kleinen Klassen, 25-30 Schüler,  
 Knaben und Mädchen. Anb. rücksichtn. Familien-  
 behandlung. Langjährige Erfahrung, beste Empfehlungen  
 allererst. hies. Familien. 246  
 Dir. Müller, Dr. Senner, M. J. 10. Telefon 6159

### Institut Büchler, Rastatt (Baden)

Sechsklassige Realschule mit Schülerheim  
 Voller Betrieb. Vorzügliche Verpflegung. Vorberei-  
 tung u. Einjährigen. Glänzende Erfolge. Schnellste  
 Förderung schwacher Schüler. Kleine Klassen. Ind. viduelle  
 Behandlung. Beständ. Aufsicht. Sorgfältige Erziehung.  
 Parnapr. 246. [V21r] Prospekte durch die Direktion.



Morgen Mittwoch, abends  
 7 Uhr, beginnt in meinen  
 Unterrichtsstunden — Ballhaus —  
 ein sehr netter, bester

### Privat-Tanzkurs

Nach beginnt demnächst ein  
 Separatkurs f. moderne Tänze.  
**Ludwig Pfirrmann**  
 Lehrer der Tanzkunst,  
 Speyerstraße 5. 200a

### Reparaturen von Uhren

aller Art werden schnell und billig ausgeführt.  
 Prompte, sachmännliche Bedienung. H15a  
**Ludwig Groß, Q 4, 21, 2 Trappen.**  
 Früher Mittelstrasse 25a.

### Vermischtes

### Zimmer- und Sockel tapeten

Eintraufelung (Frischen-  
 mare) empfiehlt 3015a  
**Heinrich Hartmann**  
 Tapetenhandlung, G 7, 17a  
 Jungbühlstr. Tel. 5358

### Kesselbahn

für Dienstag abends zu  
 vergeben.  
 Baden-Automat  
 J 1, 3-4, Telefon 544.

Wich. edelwert. Herr oder  
 Dame würde gern (bei 200 Mk.  
 geg. monatl. Rückzahlung, n.  
 50 Mk. Leibn. Ang. unt. Y. V.  
 98 an die Geschäftsst. 3190a

### Damen-Frisier-Salon

Gefällige Doublagen  
 zu u. außer dem Hause  
**Frau Keller,**  
 G 2, 1.

### Aerzten, Zahnärzten

und kl. Geschäften  
 empfiehlt sich erprobter  
**Kaufmann** zum Ver-  
 treiben von Vorberungen,  
 Fäden und Beulen von  
 Geschwülsten u. sonstigen  
 schmerzhaften Krankheiten  
 kann gefälligst werden. 3122a  
 Angebote erbeten unter  
 Y. U. 98 an die Geschäftsst.  
 Schneider nimmt noch  
 Kunden an, auch zum  
 Weiden. Weber, Gertrau-  
 denstraße 6, 3. Stof. 3148  
 über erteilt jungem Mann  
 energ. Raubfellenunterricht  
 (Händb.) Eng. u. X. Z. 78  
 an die Geschäftsst. 3130a





Karusell kommt vom 4. bis 10. April

National-Theater

Dienstag, den 1. April 1919. 8. Volkserziehung zum Einheitspreis (50 Pfennig der Platz)

Einsame Menschen

Abends 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“

Heute Dienstag abends 7 Uhr

Die Csardasfürstin.

Morgen Mittwoch abends 7 Uhr: Ehrenabend für Robert Meyer Zum ersten Male:

Der Juxbaron.

Operation-Posse in 3 Akten von Walter Kollo.

Palast-Theater.

OPIUM

übt unvermindert seine Anziehungskraft auf die Besucher aus.

Räumungs - Ausverkauf

Mein Verkaufslokal Heidelbergerstraße O 7, 11 muß einem Lichtspiel-Theater weichen und bis 1. Oktober 1919 geräumt werden. Die äußerst reichhaltigen Vorräte in

Tapeten, Lincrusta etc.

sollen zum Umzug ausverkauft sein. Es bietet sich Hausbesitzern und Bauunternehmern günstigste Gelegenheit zur Deckung ihres künftigen Bedarfs. — Tapeten älterer Jahrgänge und Reste besonders preiswert.

Hermann Bauer, O 7, 11

Heidelbergerstraße Col17

Karusell kommt vom 4. bis 10. April

Singschule Mannheim

Minna Karl-Huber, Otto Beckstr 8. Samstag, den 5. April, nachm. 4 Uhr Versammlungssaal — Rosengarten

Lieder für die Jugend

Eine Veranstaltung zur Weckung der Freude am fröhlichen, natürlichen Sang.

Einladung an: Eltern, Kinder und Freunde der Jugend.

Minna Karl-Huber Gesang: Märchen-, Frühlings- u. Kinderlieder sowie andere musikalische Darbietungen.

Mitwirkende: Paula Rindöf (Klavier), Lotte Kramp (Klavier), Ludwig Gaber (Violine).

Karten sind zu haben im Mannheimer Musikhaus P. 7, 14 zu 1.—, 2.—, 1.— Mk. (Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt).

Unsere Filiale Friedrichsplatz 19

(Ede Kugelfisch-Anlage) Es legt wieder geöffnet. (Telephon wie früher: Nr. 4008)

Ludwig & Schütthelm, Droger, Chemikalien, Parfümerie- u. Toilette-Artikel.

BADENIA THEATER

Mittelstraße 28

1.—4. April:

BRUTAL

Sensationsdrama in 5 Akten.

Der nächtliche Todesschrei

Detektiv-Drama in 3 Akten.

Die Detektivin

Detektiv-Drama in 2 Akten.

VOLKSTHEATER

U 1, 6 Telephon 400 U 1, 6

1.—4. April:

Stuart Webbs

Detektiv-Schlagor 4 Akte

Das Licht des Lebens

Drama in 4 Akten. — Carl de Vogt. —

Die blaue Mauritius

Lustspiel in 3 Akten. Viggo Larsen.

METROPOL THEATER

Schwetzingenstraße 37.

1.—4. April:

Der Halsschmuck

Detektiv-Drama in 4 Akten. Ada van Ehlers

Das Skelett

Sensations-Drama 5 Akte

Hurra! Wir heiraten

Schnurzel-Lustspiel

Kammer-Lichtspiele D 2, 6. — Tel. 987.

Ab Freitag, den 4. April 1919: Der Weg, der zur Verdammnis führt (II. Teil) Hyänen der Lust! Sitten-Drama mit Charlotte Böcklin als Aenne Wolter.

Colosseum-Lichtspiele Messplatz.

Colosseum-Lichtspiele

Platz für 800 Personen Mannheim :: Meßplatz Größt. u. schönst. Theater d. Reichsstadt

4-Akter! Programm von Dienstag bis einschl. Donnerstag! Erstaufrührung! Nur 3 Tage! Eva Speier! 4-Akter!

KOMPROMITTIERT!

Die dramatische Geschichte einer unglücklichen Liebe.

4-Akter! Fesselnd! Kriminal-Drama! Spannend! 4-Akter!

Falsches Geld Abenteuer des Kriminal-Kommissars Ernst.

Ab Freitag! Größte Sensation Mannheims! 6 Riesenakte! Der Weg der Verdammnis II. Teil: Hyänen der Lust.

KL Kammer-Lichtspiele

D 2, 6 Telephon 987 D 2, 6

Ab heute neuer erstklassiger Spielplan Nur 3 Tage!

Spannendes Wild-West-Drama in vier Akten

Das Goldtal

Aus dem Inhalt: Wilde Reiterzonen. — Bei den Goldsuchern. — Kampf mit den Cowboys. — Ritt durch die Prairien. — Vor dem Sheriff etc. etc.

In der Hauptrolle: Mogens Enger

Die Kleptomantin

Kriminal-Drama aus dem Leben zweier Zwillingsschwester in der Doppelrolle: MARIA WIDAL

Vor-Anzeige ab Freitag, den 4. April: Der Weg, der zur Verdammnis führt Teil Hyänen der Lust

Dieser 2. Teil übertrifft den 1. Teil bei weitem in Bezug auf Inhalt u. Darstellung

Unsre neuen

Modell-Hüte

sind eingetroffen.

Geschwister Schrag

N 3, 78.

Privat-Tanz-Zirkel

hört umgehend nach einige bessere Herren zur Teilnahme am Tanzunterricht, auch solche, welche schon tanzen können, bei sehr möglichem Honorar. Nähere Auskunft wird täglich zwischen 6 und 7 Uhr abends im Hotel Kaiserhof, 1. Lage Unte, parterre erteilt.

Karusell kommt vom 4. bis 10. April

Verband ehemaliger Oesterr.-Ung. Kriegsteilnehmer.

Kameraden! Erscheint zu der am Mittwoch, den 2. April 1919 punkt 6 Uhr abends stattfindenden

Versammlung

im Saale der Bäckerei, S G, 10.

Sehr Wichtig! Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Der Vorstand.

Tanz- u. Vergnügungsverein „Excelstor“ Mannheim.

Wir machen unseren Mitgliedern, Freunden, Gönnern des Vereins, sowie alle anderen Vereinen bekannt, daß sich unser Vereinsalt ab 1. April im Lokale „Mannheimer Hoffnung“

Haltestelle 19, Fabrikstation befindet. Unsere Tanzstunden finden Mittwochs und Freitags, abends 7 Uhr, daselbst statt. 3207a

Donnerstag abend, den 3. April: Monats-Versammlung.

Sämtliche Mitglieder und Mitgliederinnen haben volzzählig zu erscheinen. Mit Excelstorgruß Der Vorstand.

Maurer-Arbeiten

übernimmt bei sofortiger, prompter und sachmännischer Aufsichtung

E. Stedle, Baugeschäft, Kleiststr. 8. Billigste Berechnung zugesichert.

Kaufm. Verein von 1858

Bezirk Mannheim.

Donnerstag, 3. April 1919,

abends 7 Uhr

im Lokal

„12 Apffel“

C 4, 11, 2. St.

Monats-

Versammlung

mit Vortrag des Herrn

Hauptlehrer Raum über:

Mieterschutz und Bodenreform

wozu wir unsere Mitglieder

freundschaftlich einladen. 1

Der Vorstand.

Kaufm. Verein von 1858

Bezirk Mannheim.

Donnerstag, 3. April 1919,

abends 7 Uhr

im Lokal

„12 Apffel“

C 4, 11, 2. St.

Monats-

Versammlung

mit Vortrag des Herrn

Hauptlehrer Raum über:

Mieterschutz und Bodenreform

wozu wir unsere Mitglieder

freundschaftlich einladen. 1

Der Vorstand.

Kaufm. Verein von 1858

Bezirk Mannheim.

Donnerstag, 3. April 1919,

abends 7 Uhr

im Lokal

Privat-Tanz-Institut Hetzel A 2, 3

Anfang April beginnt ein weiterer schöner Kursus, wozu noch einige gefällige Anmeldungen angenommen werden. Telephon 1358.

Karusell kommt vom 4. bis 10. April